



CDU

Fraktion im Rat der Gemeinde Sonsbeck

Sonsbeck, 17. März 2015

Stellungnahme der CDU-Fraktion Sonsbeck zum Haushaltsplan 2015

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!
Liebe Ratskolleginnen und -kollegen,
meine Damen und Herren!

Der 16. Dezember 2014 war ein besonderer Tag. Erstmals durfte Bürgermeister Heiko Schmidt einen Haushaltsplan der Gemeinde Sonsbeck dem Rat vorstellen. Leider war es ihm nicht vergönnt, eine Planung für 2015 vorzulegen, die einen Überschuss für unsere Gemeinde prognostiziert. Aber, und da sind wir sehr optimistisch, was nicht ist, kann noch werden. Auch Altbürgermeister Leo Giesbers musste diese Erfahrung machen.

Alle Fraktionen haben sich im Anschluss intensiv mit dem Haushaltsplan befasst. Es wurden Änderungsanregungen gegeben und Vorschläge eingebracht, um das prognostizierte Defizit zu senken. Tatsächlich ist dies natürlich ein Kampf den man kaum gewinnen kann, da die gemeindliche Finanzsituation weitgehend von außen bestimmt wird. Bei den Einnahmen vermissen wir eine angemessene finanzielle Ausstattung durch das Land. Insgesamt fließt zu wenig Geld in die allgemeine Finanzierung der Städte und Gemeinden. Stattdessen werden ständig mit hohem Verwaltungsaufwand irgendwelche Töpfe aufgemacht, die von den Kreisen und Städten aufgegriffen werden, um letztlich mit den Folgekosten im Stich gelassen zu werden.

Mit unseren eigenen Steuereinnahmen, Grundsteuern A und B und die Gewerbesteuer, stehen wir im Vergleich mit gleichartigen Kommunen sehr gut dar. Dies gilt auch für den Gemeindeanteil an der Umsatz- und Einkommensteuer. Allerdings, und dies beobachten wir mit großer Sorge, werden zurzeit die Gemeindesteuern in vielen Kommunen im Kreis Wesel deutlich angehoben. Auch landesweit sehen wir diesen Trend. Schon jetzt ist deshalb absehbar, dass die Regelungen im Gemeindefinanzierungsgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen uns im kommenden Haushaltsjahr dazu zwingen könnten, auch in Sonsbeck die Steuern anzuheben.

Bei den Aufwendungen ist die Kreisumlage der größte Einzelposten. Dabei ist zwischen der allgemeinen Kreisumlage und der Jugendamtsumlage zu unterscheiden. Wir sehen zwar die Bemühungen des Kreistages, über Einsparungen eine Senkung des eigenen Fehlbetrages zu erreichen. Wir sehen aber auch, dass große Projekte wie Campus Moers, Neubau Kreisleitstelle, Kreisbauhof Alpen, Berufskollegzusammenschluss Dinslaken, angestoßen werden, die über Jahrzehnte durch Abschreibungen, Finanzierungsaufwendungen und sonstige Folgekosten die allgemeine Kreisumlage belasten. Ich bin mir nicht sicher, ob die Schulbaumaßnahmen unbedingt alle erforderlich sind, denn auch wir erleben hier vor Ort, dass der Eltern- und Schülerwille unkalkulierbar geworden ist.

Die CDU-Fraktion wäre allerdings bereit, zumindest bei der Jugendamtsumlage auch weitere Ausgaben zu übernehmen, wenn der Kreistag in seiner nächsten Sitzung die unveränderte Befreiung von Geschwisterkindern bei Zahlungen für Kindertageseinrichtungen beschließen würde. Tatsächlich ist es aber so, dass der Kreistag eine Zuzahlung für Geschwisterkinder beschließen wird. Auch die neue Einkommenstabelle für Elternbeiträge sehen wir kritisch. Zumindest die Geschwisterkinderregelung hätten wir gerne anders gesehen, so wie es z. B. die Stadt Rheinberg beschlossen hat.

Für den Kreis Wesel ist die zu zahlende Umlage an den Landschaftsverband Rheinland eine starke Belastung. Ich würde es begrüßen, wenn die Ausgaben des LVR kritischer begleitet werden, denn letztlich kommt alles bei uns vor Ort als Zahlungsverpflichtung an. Gleiches gilt auch für den Regionalverband Ruhr, mit dem uns allerdings noch ein weiteres Problem verbindet. Durch die Übertragung der Planungshoheit sind wir vom Niederrhein und damit vom Regionalplan ausgeschlossen. Diese Situation, die z. B. dazu führt, dass der Hochwasserschutz am Rhein bis Stadtgrenze Duisburg und dann wieder ab Rees durch den Regionalrat parlamentarisch begleitet wird, ist nicht akzeptabel. Sonsbeck und der Kreis Wesel gehören zum Niederrhein und nicht zum Ruhrgebiet. Ich hoffe, dass der Landtag dies endlich begreift und entsprechend handelt.

Unser Haushaltsplan, der mit einer Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage, also mit einem Jahresfehlbetrag von 685.000 Euro abschließt, beinhaltet keine besonderen Maßnahmen, die zu einer politischen Auseinandersetzung geführt haben. Auch aus diesem Grunde möchte ich dafür werben, dass alle Fraktionen der aktuellen Vorlage zustimmen. Dies wäre für Bürgermeister Heiko Schmidt und für die gesamte Verwaltung ein gutes Signal für die künftige Zusammenarbeit.

Von großer Bedeutung sind für uns der Erlass des Innenministers vom 12.05.2014 zur Feststellung von Jahresabschlüssen und das Schreiben des Landrats vom 21.11.2014. In diesem Schreiben wird angeordnet, dass der Haushalt nicht öffentlich bekannt gemacht werden darf, damit er keine Rechtskraft erhalten wird. Wir sind also in der vorläufigen Haushaltsführung und somit darauf angewiesen, dass Einzelentscheidungen vom Kreis abgesegnet werden. Dieser Zustand ist sehr unbefriedigend und sicherlich auch zeitaufwendig. Es ist deshalb das Ziel der Verwaltung und natürlich auch des Rates, die erforderlich gewordenen Arbeiten (Feststellung von Jahresabschlüssen) rasch abzuwickeln, damit wir wieder voll handlungsfähig sind. Die Gemeinde hat dazu ein gutes Team zur Verfügung, dass, auch mit auswärtiger Unterstützung, das Problem sicherlich lösen wird.

Ich appelliere deshalb an alle Fraktionen, mit Anfragen an die Verwaltung zurückhaltend umzugehen, damit die vordringlichen Arbeiten erledigt werden können.

Für die CDU-Fraktion bedanke ich mich abschließend sehr herzlich bei unserem Kämmerer Willi Tenhagen für die Unterstützung bei den Beratungen. Wir werden dem Haushaltsplan zustimmen und bitten nochmals darum, dass sich der gesamte Rat diesem Vorschlag anschließt.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

gez. Josef Elsemann
Fraktionsvorsitzender